

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 1/2022

18. März 2022



Liebe Leserinnen und Leser,

vor kaum drei Monaten habe ich meinen letzten „i.punkt“ herausgebracht und den innigsten Wunsch, den ich damals so kurz vor dem Weihnachtsfest hegte und wahrscheinlich mit vielen Millionen Menschen im Land teilte, war, dass endlich diese Pandemie vorüber sein möge. Sie ist noch immer nicht ausgestanden und es bleibt noch einiges zu tun, um sie zu überwinden. Wir haben gedacht, Corona sei schlimm und beeinträchtige unser Leben in ungekanntem Ausmaß. Doch nun müssen wir uns mit einer viel schlimmeren Geißel auseinandersetzen: Krieg. Wer hätte geglaubt, dass hier in Europa Bomben fallen und Menschen wieder auf Menschen schießen. Dass Mütter mit ihren Kindern fliehen und ihre Männer und Söhne zur Verteidigung der Heimat zurücklassen müssen. Diese Leid ist für mich kaum vorstellbar und ich habe nur noch einen Wunsch: Lass diesen Krieg vorbei sein! Der unsinnige und schreckliche Angriff Putins auf die Ukraine markiert in der Tat eine Zeitenwende. Über Nacht wurde unser Vertrauen in die Vernunft der Menschheit, ja in unsere Zivilisation gebrochen. Wir müssen damit umgehen und wir werden damit umgehen - es bleibt uns nichts anderes übrig. Die Frage ist, wie wir damit umgehen. Und hier setze ich mein volles Vertrauen in das umsichtige, aber entschlossene Handeln unseres Bundeskanzlers Olaf Scholz und seiner Regierung.

Mut und Zuversicht macht mir die große Solidarität, die den Menschen in der Ukraine entgegengebracht wird. Die beeindruckende Hilfsbereitschaft für die Flüchtenden zeigt, dass wir unser Mitgefühl und unsere Menschlichkeit trotz der für viele Menschen sehr schwierigen Corona-Zeit nicht verloren haben. Ich wünsche mir, dass wir diese Solidarität aufrechterhalten können, auch wenn der Krieg andauert und

schwerwiegende Folgen für unsere Wirtschaft, unsere Städte und Gemeinden und ja, auch unseren eigenen Geldbeutel bringt. Hier werden wir uns sowohl im Bund als auch im Land für staatliche Unterstützung einsetzen.

Es fällt mir schwer, das Thema zu wechseln. Dennoch möchte ich an dieser Stelle auch die Gelegenheit nutzen, auf die Betriebsratswahlen aufmerksam zu machen. Noch bis zum 31. Mai werden in vielen Betrieben in Baden-Württemberg wieder Millionen Beschäftigte die Möglichkeit haben, ihre Interessenvertretung am Arbeitsplatz neu zu wählen. Ich möchte alle Wahlberechtigten dazu aufrufen, diese Betriebsratswahlen aktiv zu unterstützen. Unsere Demokratie endet nicht am Werkstor. Eine starke Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist die zentrale Voraussetzung für bessere Arbeitsbedingungen. Die Betriebsratswahlen bieten eine wichtige Chance dafür zu sorgen, dass die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehört werden. Alle Beschäftigten haben einen Anspruch darauf, dass bei unternehmerischen Entscheidungen auch ihre Interessen berücksichtigt werden. Schließlich sind sie es, die den wirtschaftlichen Erfolg erarbeiten. Sich aktiv an diesen Wahlen zu beteiligen sollte nicht nur als Recht, sondern auch als Pflicht für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verstanden werden. Schon letztes Jahr hatte die SPD im Bund das Betriebsrätemodernisierungsgesetz gegen massive Widerstände der Union durchgesetzt. Das war ein wichtiger Schritt, um Beschäftigten bei der Ausgestaltung mobiler Arbeit mehr Sicherheit und Teilhabe zu ermöglichen. Wir werden als SPD in den nächsten Jahren im Bereich Arbeitnehmervertretung weiter voranschreiten und dafür kämpfen, dass die z. B. auch die Behinderung von Betriebsratswahlen stärker sanktioniert wird.

In der Hoffnung, dass der bevorstehende Frühling uns nicht nur ein Abflauen der Infektionszahlen, sondern auch ein Ende des Kriegs in der Ukraine bringt, wünsche ich Euch Zuversicht und natürlich wie immer eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Karenzzeit für Regierungsmitglieder!

In der 27. Sitzung des Landtags am 2. Februar wurde in Erster Beratung der Gesetzentwurf diskutiert, in dem die SPD-Fraktion eine Karenzzeit für Minister und Staatssekretäre fordert. (Auszug aus meiner Rede)

Gerade in diesen politisch bewegten Zeiten ist es wichtig, das Vertrauen in die Politik und in die Institutionen unseres demokratischen Rechtsstaates aufrechtzuerhalten. Wie gefährlich es ist, dieses Vertrauen aufs Spiel zu setzen, sehen wir aktuell an den aufgeladenen Diskussionen, die in unserer Gesellschaft geführt werden. In unserem Gesetzentwurf geht es um die grundsätzliche Frage der Unabhängigkeit politischer Entscheidungsträger von eigenen wirtschaftlichen Interessen. Dabei geht es uns nicht darum, irgendjemanden an den Pranger zu stellen, also nicht um eine Causa Untersteller oder wie vor zwei Jahren eine Causa Ratzmann. Sondern wir wollen endlich eine Karenzzeit einführen, die für Mitglieder der Landesregierung nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt gilt. Wir haben diesen Gesetzentwurf, nachdem wir ihn schon 2020 in den Landtag eingebracht hatten, erneut auf die Tagesordnung gesetzt, weil die grün-schwarze Landesregierung ihre damaligen Zusagen, einen eigenen Gesetzentwurf einzubringen, bis jetzt nicht eingehalten hat. Im Grundsatz dürften wir uns alle einig sein: In einer Demokratie hat man ein Amt auf Zeit. Deshalb muss der Wechsel aus einem Regierungsamt in eine andere Erwerbstätigkeit möglich sein. Mit einem Karenzzeitgesetz wollen wir Zweifel verhindern, ob eine spätere Karriere nach der Politik nicht auf die Amtsführung in der Politik durchschlägt oder ob Amtswissen zu rasch privat verwertet wird. Damit wollen wir einen Schaden am Vertrauen in die Politik und in die Integrität der Landesregierung verhindern. Schon der Anschein einer voreingenommenen Amtsführung im Hinblick auf spätere mögliche Karriereaussichten muss verhindert werden. Unser Gesetzentwurf schlägt ein transparentes Verfahren vor, mit einer Anzeigenpflicht während und nach dem Amtsverhältnis und mit der Möglichkeit, dass diese Beschäftigung erst nach einer Karenzzeit von einem Jahr oder in Ausnahmefällen nach 18 Monaten begonnen werden kann, wenn diese mit vorherigen Amtspflichten kollidiert. Dieses Gesetz ist kein juristisches Experiment. Andere Bundesländer haben dieses Gesetz bereits und auch im Bund hat die Große Koalition es schon vor sieben Jahren eingeführt. Doch hier in Baden-Württemberg ist noch immer nichts geregelt. Sollen erst alle Regierungsmitglieder „im Warmen“ sein, bevor von der grün-schwarzen Landesregierung entsprechende Karenzregelungen getroffen werden?

Regierungsinformation Corona

In der 30. Landtagssitzung am 18. Februar informierte der Ministerpräsident über die in der am 16. Februar getroffenen Öffnungsschritte der Ministerpräsidentenkonferenz. Die Fraktionen diskutierten darüber. (Auszug aus meiner Rede)

Es ist notwendig, dass der Ministerpräsident dem Parlament hier Rede und Antwort über die Haltung der Landesregierung steht. Denn mit dem Gezerre zwischen CDU und Grünen bei der einrichtungsbezogene Impfpflicht wecken Sie bei vielen Menschen erhebliche Zweifel an der Handlungsfähigkeit dieser Regierung. Wenn ein stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister und der Vorsitzende einer der Regierungsfraktionen dazu aufrufen, geltendes Recht zu ignorieren, dann ist das ein Skandal erster Güte, den dieses Land so noch nie erlebt hat. Wer den Rechtsstaat und rechtsstaatliche Gewissheiten in dieser Weise infrage stellt, der gibt denen Futter, die diesen Rechtsstaat verächtlich machen wollen. Deswegen unterlassen Sie solche parteipolitischen Spiele! Auffällig ist auch, dass Sie, Herr Ministerpräsident, nun regelmäßig und mit großem Eifer Sondervoten zu den Vereinbarungen mit den anderen Ländern und der Bundesregierung abgeben. Noch vor einem Jahr haben Sie sich über die Protokollerklärungen anderer Bundesländer lustig gemacht und das uneinheitliche Vorgehen in der Pandemiebekämpfung beklagt. Heute ist Baden-Württemberg Hauptlieferant dieser Protokollerklärungen und steht in einer Reihe mit den CDU-geführten Landesregierungen, die das Thema Corona zur parteipolitischen Sache machen möchten. Sie sind aber in Berlin nicht in der Opposition, Herr Kretschmann. Sie sind an der Regierung! Sie sind nicht bei der CDU. Sie sind bei den Grünen! Die SPD-Fraktion begrüßt die beschlossenen Maßnahmen, die den Empfehlungen des Expertenrats folgen, der trotz der hohen Infektionszahlen eine schrittweise Lockerung empfiehlt. Gleichzeitig sollten wir alle verstehen, dass dies nur deshalb möglich ist, weil wir durch die bisher ergriffenen Maßnahmen und das besonnene und solidarische Verhalten der allermeisten Menschen nun diesen Weg der schrittweisen Öffnung überhaupt gehen können. Es ist vernünftig, in einem gestuften und transparenten Verfahren vorzugehen mit einem klaren Plan, der von ganz bestimmten Kriterien abhängig gemacht wird und für die Menschen nachvollziehbar ist. Das ist das genaue Gegenteil Ihrer Strategielosigkeit und Ihres „Fahrens auf Sicht“. Es muss aber klar sein, dass die Pandemie noch nicht vorbei ist. Ohne Erhöhung der Impfquote laufen wir sehenden Auges im Herbst in eine neue Welle. Das müssen wir unbedingt verhindern!

Geschlossen gegen Putins Krieg

In einem gemeinsamen Entschließungsantrag sprechen sich SPD, Grüne, CDU und FDP/DVP in der 31. Sitzung des Landtags am 9. März geschlossen gegen den brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins und für eine Unterstützung der Ukraine aus. (Auszug aus meiner Rede)

Bis vor zwei Wochen war ich der festen Überzeugung, dass die Vernunft siegt und ein Krieg auf diplomatischem Weg verhindert werden kann. Doch wir mussten feststellen, dass sich vieles, wenn nicht alles, was für uns in den letzten Jahren und Jahrzehnten Gewissheit war, verändert hat. Der Angriff auf die Ukraine, dieser Überfall auf einen souveränen Staat ist ein Angriff auf das Völkerrecht, ein Angriff auf die Idee, dass man Unstimmigkeiten und Streit ohne Gewalt aus der Welt schaffen kann. Dieser Krieg ist ein Angriff auf uns alle. Er ist eine Schande, ein Verbrechen. Viele haben in den letzten Tagen an Kundgebungen teilgenommen, in ihren Heimatorten, im ganzen Land, in Europa und überall auf der Welt, um sich gegen diesen Krieg zu stellen und den Menschen in der Ukraine ihre Unterstützung zu zeigen. Das macht Mut in dieser dunklen Stunde. Und es wird klar, dass Putin, wenn er eine Spaltung der globalen Gemeinschaft wollte, genau das Gegenteil erreicht hat. Auf den Kundgebungen spürt man das Entsetzen, die Hilflosigkeit und die Verzweiflung über den Krieg, die Sorge um die Menschen in der Ukraine und um den Frieden in Europa. Aber man spürt auch den Willen, den Menschen in der Ukraine beizustehen. Deswegen müssen wir hier und heute eine Antwort geben, was wir hier bei uns tun können. Wir können handeln. Wir wollen handeln. Wir müssen handeln! Wir müssen denen helfen, die vor Krieg, Zerstörung und Tod fliehen. Sorgen wir dafür, dass die riesige Hilfsbereitschaft der Menschen in unserem Land mit einer staatlichen Hilfe einhergeht, die nicht nur unbürokratisch sein soll, sondern es tatsächlich auch ist. Wir begrüßen den Sonderstab der Landesregierung für Geflüchtete aus der Ukraine und wenn dort auch die Fallstricke des Kleingedruckten entschärft werden. Wir müssen unseren Kommunen konkrete und ausreichend Hilfe anbieten. Sie brauchen jetzt Unterkünfte, Verpflegung und Bildungsangebote für Kinder.

Viele Menschen aus der Ukraine sind in die unmittelbaren Nachbarländer geflohen und wollen nicht weiter in der Hoffnung, bald wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können. Auch dort müssen wir helfen und unsere osteuropäischen Partner unterstützen. Hilfe zu spenden ist das Erste und Wichtigste, was wir in dieser Situation tun können, aber es ist nicht

das Einzige, was wir tun müssen. Der Krieg ist unrechtmäßig, unmenschlich und muss sofort aufhören. Aus diesem Grund unterstützen wir alle Bemühungen unserer Bundesregierung und der gesamten Staatengemeinschaft. Ich bin Bundeskanzler Olaf Scholz sehr dankbar, der in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag die Konsequenzen dieses Angriffs klar benannt hat. Auf diese Zeitenwende müssen wir mit einer veränderten Politik reagieren, in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik und auch in der Energiepolitik. Auch hier in Baden-Württemberg brauchen wir eine neue Politik und wir müssen für die Überzeugung der Menschen kämpfen.

Das stärkste Mittel, das wir zur Hand haben, um Druck auszuüben sind wirtschaftliche Sanktionen, die die russische Führung hart und wirksam treffen. Hier spielt Baden-Württemberg eine herausragende Rolle, vor allem mit der Automobilindustrie und im Maschinen- und Anlagenbau. Wenn wir nicht liefern, tut das Russland weh. Es wird aber auch für uns schmerzhaft, ja existenzbedrohend sein. Doch wenn wir hier nicht handeln, geben wir unser wirksamstes Druckmittel aus der Hand, um uns für Frieden und Freiheit einzusetzen. Deswegen begrüße ich die Bereitschaft unserer Wirtschaft und die Ankündigung der Bundesregierung, jenen zu helfen, die durch die Folgen der Sanktionen in Schwierigkeiten geraten. Dieser Krieg und seine Folgen werden nicht innerhalb weniger Wochen, Monate, vielleicht sogar Jahre verschwunden sein. Unsere Solidarität wird eine lange Zeit gefordert sein. Wir müssen alles tun, damit die Hilfsbereitschaft nicht umschlägt in Überdruß. Deswegen müssen wir auf den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft achten. Wir dürfen auf Feindseligkeiten nicht mit ebensolchen antworten. Wir wollen keinen Krieg in der Welt und wir wollen keinen Hass in unserem Land. Wer die Lügen und Kriegspropaganda Putins hier verbreitet, dem treten wir entschieden entgegen. Aber pauschale Anfeindungen gegen Menschen aus Russland sind nicht akzeptabel. Lassen wir nicht zu, dass Putins Gift auch unsere Gesellschaft vergiftet! Jetzt geht es um ein Signal der Geschlossenheit. Deswegen danke ich den Fraktionen von Grünen, CDU und FDP/DVP für diesen gemeinsamen Antrag.



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Aus dem Wahlkreis

Austausch mit OB Salomo



Foto: Stadt Heidenheim

Ein regelmäßiger Austausch mit den Spitzen der Kommunen in meinem Wahlkreis liegt mir sehr am Herzen. Es ist mir wichtig zu wissen, was dort gerade auf der Agenda steht und wo der Schuh drückt. Ob Salomo berichtete, dass die Erweiterung der DHBW und damit der weitere Ausbau unserer Stadt als Wissenschaftsstandort in Angriff genommen wurde. Der teilweise zweigleisige Ausbau und die Elektrifizierung der Brenzbahn müssten endlich umgesetzt werden, sowie insgesamt die Stärkung des ÖPNV, um die teils sehr angespannte Verkehrssituation zu verbessern. Einig waren wir uns, dass zügig bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden muss, ebenso mehr Kita-Plätze, damit allen Kindern der Zugang zu frühkindlicher Bildung ermöglicht wird. Auch wie die Frage des sozialen Miteinanders in unserer Stadtgesellschaft wieder stärker in den Mittelpunkt gestellt werden kann, war Thema unseres Gesprächs.

Besuch in der LEA Ellwangen



Nicht zuletzt angesichts des Krieges in der Ukraine habe ich die LEA in Ellwangen besucht. Beim Rundgang mit LEA-Leiter Berthold Weiß ging es vor allem um die Aufnahme von Flüchtenden aus der Ukraine. Den Krieg spüre man schon jetzt mit 50 bis 60 Neuankünften pro Tag. Vor Kriegsbeginn waren es kaum 50 im Monat. Rund 90 Prozent kommen aus der Ukraine. 1000 der 1200 Plätze in Ellwangen sind schon belegt, doch stelle man sich auf stark steigenden Bedarf ein. Ohne die LEA stünden wir jetzt schlecht da. Sie ist ein wichtiger Baustein, um all die Geflüchteten aufnehmen zu können. Gut, dass Forderungen nach einer Schließung bisher kein Gehör fanden. Die LEAs allein können das aber nicht schaffen. Zum Glück haben wir auch jetzt wieder Regionen, in denen Landräte und Bürgermeister von alleine schnell und effizient handeln. Hier muss die Landesregierung einen Ausgleich schaffen. Großes Lob gilt dabei vor allem den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die sich auch in Ellwangen um die Neuankömmlinge kümmern.

Wahl des Bundespräsidenten

Es war mir eine große Freude und Ehre, am 13. Februar als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion unsere zwölfköpfige Delegation aus Baden-Württemberg zur Wahl des Bundespräsidenten zu leiten. Die Bundesversammlung mit über 1400 Wahlleuten bestand zur einen Hälfte aus den Bundestagsabgeordneten und zur anderen Hälfte aus Vertretungen aus den Bundesländern. Wir acht SPD-Landtagsabgeordnete haben uns prominente weibliche Unterstützung mit nach Berlin genommen: die SOKO Stuttgart-Schauspielerin Astrid Fänderich, Pfarrerin Prof. Dr. Annette Noller, Vorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg, die aus der Ukraine stammende Bürgermeisterin von Schönaich Anna Walther und Nazi-Zeitzeugin Karla Spagerer, die mit 92 Jahren die älteste Wahlfrau in der Bundesversammlung war.

Frank-Walter Steinmeier ist ein Glücksfall für das Amt und unsere Nation. Ich freue mich sehr über den überwältigenden Zuspruch, den er für seine zweite Amtszeit erhalten hat – gerade als ein Präsident, der ganz bewusst politische Akzente setzt, das Wort ergreift und sich einmischt. Die breite Unterstützung über viele Parteigrenzen hinweg ist auch ein klares Signal für die kommende Amtszeit, und es ist ein Signal, das Mut macht. Auch der Bundespräsident wird mehr denn je gefordert sein, unsere Gesellschaft nach der Belastungsprobe der Pandemie wieder zusammenzubringen und zu einen, und dem schrecklichen Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine entschlossen entgegenzutreten und für dauerhafte Solidarität und Unterstützung in unserer Bevölkerung zu werben.



Foto: SPD Baden-Württemberg

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
 Redaktion: Danjela Folberth
 Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
 Tel.: 07321/ 4 00 80
 E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
 Internet: www.andreas-stoch.de